Chronologie zum „Deutschen Oktober“ 1923

11.01.	Wegen deutscher Rückstände bei Reparationsleistungen für den I. Weltkrieg besetzen französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet.
13.01.	Die deutsche Regierung unter Cuno (parteilos), an der die SPD nicht beteiligt ist[1], proklamiert sog. „passiven Widerstand“ gegen die Ruhrgebiets-Besetzung: „die deutsche Regierung […] ist […] nicht gewillt, sich dem Friedensbruch zu fügen oder gar, wie ihr angesonnen wird, bei der Durchführung der französischen Absichten mitzuwirken. Sie weist diese Zumutung zurück.“ (https://daten.digitale-sammlungen.de/0015/bsb00156273/images/index.html?id=00156273&groesser=&fip=fsdrxdsydeayawfsdrenxsfsdr&no=80&seite=53 [urn:nbn:de:bvb:12-bsb00156273-7, S. 28])
26.06.	In der *Roten Fahne* erscheint eine Rede, die Radek zwei Tage vorher in Moskau vor dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) gehalten hatte[2] und in der er – jedenfalls stellenweise und im Schlußsatz – den internationalen Klassenklassen-Konflikt in nationale Konflikte umdeutet und die KommunistInnen als die besseren Sachwalter des ‚nationalen deutschen Interesses‘ andient: „Jetzt, wo der deutsche Widerstand [gegen die Ruhrgebiets-Besetzung …] noch mehr durch die Wirtschaftspolitik der besitzenden Klassen zu einem Spott geworden ist, fragen wir die ehrlichen, patriotischen Massen, die gegen die französische imperialistische Invasion kämpfen wollen: Wie wollt Ihr kämpfen, auf wen wollt Ihr Euch stützen?“ (https://www.marxists.org/deutsch/archiv/radek/1923/06/schlageter.html / auch zitiert bei: Weber, *Vorwort*, Bayerlein et al. [Hg.], *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 19 - 34 [25]) „sie [die Kommunistische Partei] ist nicht die Partei des Kampfes um ein Stückchen Brot allein der industriellen Arbeiter, sie ist die Partei der kämpfenden Proletarier, die um ihre Befreiung kämpfen, um die Befreiung, die identisch ist mit der Freiheit ihres gesamten Volkes“. (https://www.marxists.org/deutsch/archiv/radek/1923/06/schlageter.html / auch zitiert bei: Gutjahr, *Revolution muß sein*, 2012, 574) Der Frage nachzugehen, ob diese Linie eine zeitlich begrenzte Episode[3] blieb oder auch Bedeutung für den Aufstandsplan der KPD

1 Bis zum Amtsantritt von Cuno war die SPD an allen Reichsregierungen seit der November-Revolution 1918 – außer der Regierung Fehrenbach (von 25.06.1920 bis 04.05.1921) – beteiligt und stellte dort den Kanzler oder Vize-Kanzler (https://archive.org/details/vorl-gliederung/Kanzler_Vize-Kanzler_ERWEITERT.pdf). Auch in der Amtszeit von Fehrenbach (Zentrum) und Cuno stellte die SPD – in Person Eberts – den Reichspräsidenten.
Die SPD war zwar – wie gesagt – nicht an der Cuno-Regierung, der Parteilose sowie DDP-, DVP-, Zentrums- und BVP-Mitglieder angehörten, beteiligt; aber die Minderheitsregierung wurde von der SPD parlamentarisch geduldet.

2 Gutjahr, *Revolution muß sein*, 2012, 570, 572: „Vom 12. bis 23. Juni 1923 tagte in Moskau die Erweiterte Exekutive der Komintern [*Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale*, Moskau 12.-23. Juni 1923, Hamburg, 1923], […]. Einen Schwerpunkt der Tagesordnung bildete Radeks Referat über ‚Die weltpolitische Lage‘ am 15. Juni, […]. Mit diesen Ausführungen bereitete Radek seine propagandistisch effektvolle Schlageter-Rede vor, die er erst gegen Ende der Tagung am 21. Juni vortrug. Sie enthielt ein direktes Bündnisangebot an die deutschen Nationalisten und Rechtsextremisten.“

	für den Herbst 1923 und der schließlichen Stornierung dieses Plans hatte, würde Erstellung und Abarbeitung einer weiteren Bibliographie erfordern; darauf sei hier verzichtet.
01.07.	Unter anderem wegen der Kosten des „passiven Widerstandes“ steigen Inflation[4] und Arbeitslosigkeit[5] (Arbeitslosigkeit unter Mitgliedern der freien Gewerkschaften: Dez. 1922: 2,8 % – Dez. 1923: 28,2 %; Jan. 1922: 3,3 % – Jan. 1923 4,2 % – Jan. 1924: 26,5 %) und sinken die Reallöhne (siehe https://archive.org/details/vorlgliederung/Art_48_WRV_in%20RWiss_u_Staatspraxis_IV-1_bis_Statist.pdf, S. 10 und 14). Während ein US-$ am 02. bzw. 03.01. für 7.525 Reichsmark zu kaufen war[6], kostete er am 01. bzw. 02.07. bereits 160.400 Reichsmark[7] – also mehr als eine Ver-21-fachung.
11.07.	Die Zentrale der KPD beschließt einen Aufruf für einen „Antifaschistenstag“[8] am 29.07., der am folgenden Tag in der *Roten Fahne* erscheint: „Die Verbindung der Reichswehr mit den Faschisten ist die militärische Stütze der Konterrevolution; die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme unterstützen den Faschismus, um das Stinnes[9]programm gegen das Proletariat durchzuführen. […]. Die sozialdemokratischen Regierungsstellen […] versuchen, mit einem Teil der deutschen Bourgeoisie die Große Koalition vorzuberei-

3 Weber, *Vorwort*, Bayerlein et al. [Hg.], *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 19 - 34 (24 f.): „In Folge der Ausführungen Radeks kam es zum sogenannten ‚Schlageter-Kurs‘, in Deutschland, d.h. **einige Wochen** (von Juli bis September 1923)“ (Hv. hinzugefügt).

4 „Ausgehend von der Anleihenfinanzierung des Krieges in Deutschland, verstärkt durch die staatliche Bewältigung der Demobilisierungsprobleme durch die Notenpresse und durch die Finanzierung des ‚passiven Widerstands‘ der Bevölkerung des Ruhrgebiets gegen die französische Besetzung (Ruhrkampf), entwickelte sich in Deutschland zwischen 1919 und 1923 eine Hyperinflation, die im Jahre 1923 ihren Höhepunkt fand“ (Hoffmann, *Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur*, 1996, 336).

5 „Der daraufhin von Reichskanzler Wilhelm Cuno eingeleitete passive Widerstand der Ruhrbevölkerung gegen die Besatzungsmacht in Form von Arbeits- und Produktionsverweigerung bewirkte eine Drosselung der deutschen Produktion, die bis zur faktischen Einstellung ganzer Produktionszweige ging. […] die Reichsregierung, die in Übereinstimmung mit dem Reichstag den passiven Widerstand proklamiert hatte, war immer weniger in der Lage, ihn auch zu bezahlen. […]. Auf dem Höhepunkt der Krise mußte das Reich insgesamt ungefähr 2 Millionen Arbeitslose unterstützen.“ (Möller, *Die Weimarer Republik*, 2012[10], 163 f.)

6 Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*. Band 18 [bis 23] hrsg. von Benz, 2010[10], 748 (7.525 am 02.01.) / *Wirtschaft und Statistik* Sonderheft 1: Zahlen zur Geldentwertung in Deutschland 1914 bis 1923, 1925 (https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEMonografie_mods_00003994#), 10 der gedruckten bzw. 12 der digitalen Seitenzählung (7.525 erst am 03.01.; am 02.01. vielmehr: 7.260).

7 Gebhardt, a.a.O. (FN 2), 479 (160.400 am 01.07.) / *Wirtschaft und Statistik*, a.a.O. (FN 2) (160.400 am 02.07.; für den ersten 01.07. [Sonntag!] kein Wert).

8 So im Original geschrieben – *weder* „Anti-Faschisten-Tag“ *noch* „Antifaschismustag“.

9 Bührer, *Hugo Stinnes, Industrieller*, in: Benz/Graml, *Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik*, 1988, 329 - 330 (330): „1920 entstanden die Rheinelbe-Union GmbH und, durch den Zusammenschluß mit einem der mächtigsten Elektrokonzerne, die Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union, der umfassendste vertikale Konzern jener Zeit. Die Jahre der Inflation nutzte er zur Expansion in die unterschiedlichsten Branchen; […].“

	ten, um so die Legalisierung des Faschismus dem Proletariat als das kleinere Übel darzustellen. […]. Wir Kommunisten können in dem Kampf gegen die Konterrevolution nur siegen, wenn es uns gelingt, ohne und gegen die verräterische sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen mit uns gemeinsam in den Kampf zu führen. […]. Der Faschistenaufstand kann nur niedergeworfen werden, wenn dem weißen Terror der rote Terror entgegengestellt wird. Erschlagen die Faschisten, die bis an die Zähne bewaffnet sind, die proletarischen Kämpfer, so müssen diese erbarmungslos alle Faschisten vernichten. Stellen die Faschisten jeden zehnten Streikenden an die Wand, so müssen die revolutionären Arbeiter jeden fünften Angehörigen der Faschistenorganisationen an die Wand stellen. […]. Wir gehen entscheidenden Kämpfen entgegen. […]. Gelingt es uns, die breiten Arbeitermassen, die heute kampfwillig sind, mobil zu machen und sie zielklar zu führen, dann kann dieser Kampf nur mit dem Sieg der Arbeiterklasse über die Konterrevolution enden. Nur wenn wir den Willen zum Siege und zur Übernahme der Macht haben, wenn jeder Kommunist bereit ist, für die Rettung und Befreiung der Arbeiterklasse sein Letztes zu opfern, nur dann wird unsere Partei die Partei des Sieges sein. Nur dann wird sie die revolutionäre Arbeiter-und-Bauern-Regierung aufrichten, […].“ (wiederabgedruckt in: Institut für ML beim ZK der SED (Hg.), *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Bd. VII. 2. Halbband, 1966, 364 - 367 [364 f., 366, 367])
26.07.	Radek warnt die KPD: „Je aufmerksamer ich die Parteipresse lese, desto mehr unruhig bin ich, wegen des Anti-Faschistentages. Ich fürchte, wir gehen in die Falle. Wir sind schlecht bewaffnet oder gar nicht bewaffnet. Die Faschisten sind zehnmal besser bewaffnet und haben gute Stosstrupps. Wenn sie wollen, können wir uns am 29. blutige Köpfe holen. Verbietet dazu die Regierung den Aufmarsch am 29. und suchen wir trotzdem zu demonstrieren, so geraten wir zwischen zwei Feuer.“ (https://doi.org/10.1515/9783110339789, S. 281)
27.07.	„Sinowjew und Bucharin nahmen […] gegen Radek Stellung. Sinowjew schrieb: ‚Wir sind mit Karl R[adek] nicht einverstanden. Der Aufruf der Zentrale gegen Faschismus vom 12/VII scheint uns absolut richig.‘[i]“ (Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923*, 2005, 132) Das Politbüro der RKP(b) befaßt sich mit Radeks Warnung.[10]
31.07.	In der *Roten Fahne* wird ein Aufruf „zur Fortsetzung des Kampfes nach dem Antifaschistentag“[11], der dem „Schwer- und Finanzkapital“

10 Dazu schreibt Gutjahr (*Revolution muß sein*, 2012, 580 – ohne Quellenangabe): „Als das Politbüro sich am 27. Juli mit der Angelegenheit befasste, **billigte es Radeks Vorgehen** und forderte seine Kontrahenten auf, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten durch weiteren Briefwechsel zu klären.“ (Hv. hinzugefügt)
Etwas anders (ohne die ‚Billigung‘) dagegen https://doi.org/10.1515/9783110339789, S. 283: „Am 27.7.1923 brachte Radek seine Unzufriedenheit mit Sinowjew und Bucharin, die aus ihrem Urlaub telegraphisch das ZK der KPD in seinem neuen Kurs auf die Forcierung entscheidender Kämpfe unterstützten, vor das Politbüro des ZK der KP Russlands. Diese[s] empfahl Radek, sich direkt mit Sinowjew und Bucharin in Verbindung zu setzen, um ihre Meinungsverschiedenheiten zu klären.“ (unter Hinweis auf: RGASPI, Moskau, 17/3/367, 9. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a., *Politbjuro i Komintern*, S. 155. Diejenigen, die im Gegensatz zu mir Russisch können, können das Dokument vielleicht dort als Digitalisat ausfindig machen: http://komintern.dlibrary.org/ru/nodes/1-fond-komintern)

11 wiederabgedruckt in: Institut für ML beim ZK der SED (Hg.), *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Bd. VII. 2. Halbband, 1966, 378 - 381.

„Vaterlandsverrat“ vorwirft und als Leugnung jeden inner-kapitalistischem Spielraums verstanden werden kann, veröffentlicht:

> „Der Koalitionsregierung fällt nur die Aufgabe zu, die Kassenschränke der Wucherer und Devisenspekulanten vor dem Ansturm der Hungernden zu schützen.
> Sozialdemokratische Arbeiter! Das wollt ihr ebensowenig wie wir.
> Kleinbauern und verelendete Mittelbürger! Das wollt auch ihr nicht!
> […].
> Die Großbourgeoisie will uns Zusammengehörende trennen, um uns nacheinander niederzuschlagen.
> Hinter seinen nationalen Phrasen versteckt das Schwer- und Finanzkapital nur seinen Vaterlandsverrat.“ (379)
> „Die Koalitionsregierung [gemeint: eine Große Koalition[12] unter Beteiligung von SPD einerseits und DVP andererseits statt der Minderheitsregierung unter Cuno *ohne* SPD-Beteiligung], das Ziel der sozialdemokratischen Parteiführer, ist kein Ausweg aus dem inner- und außenpolitischen Zusammenbruch und dem Untergang der werktätigen Massen. Jede Koalitionsregierung bedeutet die Verwirklichung des Stinnesprogramms, Hunger und Faschismus. Jede Koalitionsregierung bedeutet steigende Arbeitslosigkeit, steigende Teuerung, Aufhebung des Achtstundentages und Auslieferung Deutschlands an den französischen Imperialismus.“ (379)
> „Nur die von dem eisernen Kampfwillen der werktätigen Massen getragene Arbeiter-und-Bauern-Regierung kann Schluß machen mit den Wucherern und Spekulanten, den Devisenaufkäufern und Auslandsschiebern durch Erfassung der Sachwerte[13] und Verstaatlichung der Banken, durch Kontrolle der Produktion der Arbeiter und Angestellten von unten und die Zwangssyndizierung aller Großbetriebe und deren Kontrolle durch die Organe der Arbeiter-und-Bauern-Regierung von oben.“ (380)
> „Gemeinsamer Kampf aller Werktätigen in Stadt und Land zur **Eroberung der politischen Macht**, zur Erkämpfung der Arbeiterregierung, das ist die gemeinsame **nächste Aufgabe**. […].
> Alle Waffen in die Hände der Arbeiter!
> Fort mit der Regierung Cuno!
> Fort mit jeder Koalitionsregierung!
> Es lebe die Arbeiterregierung!“ (380, 381, Hv. hinzugefügt)

Die Frage, ob diese Formulierung *tatsächlich* als Leugnung jeden inner-kapitalistischen Spielraums gemeint ist, verweist auf eine Unklarheit innerhalb der KPD hinsichtlich des Begriffs der „Arbeiterregierung“ bzw. der „Arbeiter-und-Bauern-Regierung“.

> „Für die Parteizentrale, hinter der zu dieser Zeit noch die Parteimehrheit stand, war die Arbeiterregierung in erster Linie ein Mittel zur Gewinnung der Massen. Sie grenzte sich ebenso gegen die Auffassung der Linken [gemeint: der linksradikale KPD-Flügel] von der Arbeiterregierung als einem Synonym für die Diktatur des Proletariats[ii] ab, wie gegenüber der Auffassung von der Arbeiterregierung als dem friedlichen, parlamentarischen Weg, als dem Ersatz für den revolutionären Endkampf. Die Arbeiterregierung sollte zunächst versuchen, ‚im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu betreiben‘[iii, iv]; […].“
> (Ludewig, *Arbeiterbewegung und Aufstand*, 1978, 105 mit weiteren Nachweisen für die linkere Position FN 108 und für die rechtere in FN 109)

Ausgehend von der linkeren Position waren jene Formulierungen klar eine Leugnung jeden inner-kapitalistischem Spielraums[14]; ausgehend von der rechteren Position dagegen nicht unbedingt[15].

---

12 „Trotz des Beschlusses der sozialdemokratischen Arbeitermassen will die [SPD-]Parteibürokratie Cuno erst beseitigen, wenn sie ihre Ministerposten in der Großen Koalition gesichert hat.“ (379)

13 *Entwurf* [der KPD-Fraktion im Reichstag] *eines Gesetzes zur Erfassung der Sachwerte*: https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w1_bsb00000062_00834.html bis https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w1_bsb00000062_00837.html.

	Aber die rechtere Position verweist nur auf das nächste Problem: Wie soll *„im Rahmen der bürgerlichen Demokratie“* die Parole *„Alle Waffen in die Hände der Arbeiter!“* realisiert werden können?! Und was sollte in dem Zusammenhang „Eroberung der politischen Macht“ bedeutet: Einen Regierungswechsel oder einen Wechsel des Klassencharakters der Staatsmacht? Falls letzteres, warum dann aber Rede von „im Rahmen der bürgerlichen Demokratie“? Es fehlte eine deutliche Unterscheidung zwischen • dem Paradox einer *„bürgerlichen Demokratie“*, die duldet oder sogar selbst betreibt, daß *„[a]lle Waffen in die Hände der Arbeiter“* gelangen, und • einer Situation der Doppelherrschaft[16, v], in der es eine *Konkurrenz* von bürgerlichen und proletarischen Machtorganen gibt, aber keine ‚Regierung mit proletarischem Klassencharakter auf der Grundlage oder im Rahmen von bürgerlicher Staatsmacht‘. Dies verweist schließlich auf die empirische Frage: War im Sommer/Herbst 1923 zumindest eine Situation der Doppelherrschaft im Bereich des Möglichen, die dann wahrscheinlich früher oder später in die eine oder andere Richtung aufgelöst worden wäre (LW 20, 45: „Zwei Staatsgewalten *können* in einem Staate *nicht bestehen*“ [Hv. i.O.])?
07.08.	Stalin[17] stützt zunächst die skeptische Einschätzung des Kräfteverhältnisses durch Radek: „Als wir die Macht übernahmen, hatten wir in Rußland solche Reserven wie: a) Frieden, b) das Land den Bauern, c) die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Arb[eiter]klasse, d) die Sympathien der Bauernschaft. Nichts davon haben die deutschen Kommunisten heute. Natürlich haben sie das Sowjetland in ihrer Nähe, was wir nicht hatten, aber was können wir ihnen im Augenblick geben? Wenn heute in Deutschland die Macht sozusagen stürzt und die Kommunisten sie aufheben, dann werden sie mit Pauken und Trompeten scheitern. Im besten Falle. Im schlechtesten wird man sie in Stücke hauen und weit zurückwerfen.“
12.08.	Ablösung von Cuno (parteilos) als Reichskanzler durch Stresemann (DVP).
15.08.	„Die deutsche Bourgeoisie steht vor dem Verlust ihrer Herrschaft, […], sie ist in einen Zustand hineingetrieben, wo die Bourgeoisie als Klasse vollkommen das Steuer aus den Händen verloren hat, genau wie 1918. […]. Die Krise kann […] in die Länge gezogen werden, aber die Bourgeoisie kann die Krise nicht überwinden und liquidieren.“ (Heinrich Brandler, *Die Tagung des Zentralausschusses der KPD*, in: *Die Internationale* Jg. 6, H. 16 v. 15.08.1923, 449 - 453 [451])

14 Der Umsturz des Klassencharakters des Staates („Arbeiterregierung“ **=** Diktatur des Proletariats) *als einzige Alternative* zum faschistischen Programm, das vermeintlich die „bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme“ vertreten.

15 „Arbeiterregierung“ = *etwas weniger* als Diktatur des Proletariats – aber immerhin auch: „Alle Waffen in die Hände der Arbeiter!“…:

- Wenn eine „Arbeiterregierung“-Regierung tatsächlich keine „Diktatur des Proletariats“, sondern etwas „im Rahmen der bürgerlichen Demokratie“ ist, dann wäre eine „Arbeiterregierung“ eine Reformregierung innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung.
- Ist dagegen die Umsetzung der Parole „Alle Waffen in die Hände der Arbeiter!“ eines der Mindestcharakteristika von „Arbeiterregierung“, dann wäre von „Arbeiterregierung“ (statt „Diktatur des Proletariats“) zu sprechen, bloß eine rhetorische Maßnahme und die Behauptung, die Alternative reduziere sich aktuell auf ‚Faschismus oder Arbeiterregierung‘, sehr wohl die Leugnung inner-kapitalistischer Reformspielräume (auch durch den *nicht*-linksradikalen KPD-Flügel).

16 „Doppelherrschaft […]: […] Regierung der Bourgeoisie […] und […] Nebenregierung in Gestalt des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“ (LW 24, 39 - 77 [44]; *Die Aufgaben des Proletariats*). Vgl. LW 23, 311 - 357 (318); *Briefe aus der Ferne*: „Neben dieser Regierung“ der Bourgeosie „ist […] eine inoffizielle, noch unentwickelte und verhältnismäßig schwache Arbeiterregierung“ entstanden.

17 in: Bayerlein et al. (Hg.), *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 99 - 100 (99 f.).

20.08.	Nachdem Sinowjew am 15.08. ein ausführliches Papier[18] (für eine kürzere Fassung siehe weiter unten unter dem 22.09.) vorlegt hatte, wechselt Stalin (in: Bayerlein et al. [Hg.], *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 110 - 112 [110]) seine Position: „Man muß in den Thesen direkt und klar sagen, daß es um die Machtübernahme durch die Kommunisten geht, ohne die Sozialdemokraten. […]. In den Thesen wird richtig gezeigt, daß die wichtigste Tageslosung die der Arbeiter- und Bauernregierung sein muß. Aber man muß den Massen unaufhörlich erklären, daß diese Regierung kein Organ des Reichstages sein wird, sondern ein Organ der Räte von ihnen sanktioniert, und ihnen gegenüber verantwortlich.“
22.08.	Das Politbüro der RKP(b) beschließt: „Auf der Grundlage der im ZK vorhandenen Materialien, insbesondere aufgrund der Briefe von Genossen, die die KP Deutschlands führen,[vi] ist das ZK zur Einschätzung gelangt, daß das deutsche Proletariat unmittelbar vor entscheidenden Kämpfen um die Macht steht.“ (Auszug aus dem Protokoll Nr. 27 der Politbürositzung vom 22. August 1923[19], in: Bayerlein et al. [Hg.], *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 130 - 131 [130, 131])
02./04. 09.	Das Politbüro der KPR(b) beschließt für den 20.09. eine Sitzung des ZK der Partei einzuberufen (die später auf den 22./23. verschoben wird) und anschließend zu Beratungen mit weiteren KomIntern einzuladen.[20]
21.09.	Sinojew trägt im Politbüro der KPR(b) – in Vorbereitung der ZK-Sitzung an den folgenden Tagen – eine weitere Variante seines Papiers vom 15.08. (siehe oben unter dem 20.08.) vor; das Gremium beschließt: „a) Die Thesen des Genossen Zinov'ev sind im großen und ganzen anzunehmen. b) Für die Redaktion der Thesen, die Abstimmung der vorhandenen Korrekturen und die Ausarbeitung von Vorschlägen für das Plenum [des ZK der KPR(b) an den Folgetagen] ist eine Kommission zu bilden, bestehend aus den Genossen Zinov'ev, Trockij, Stalin, Bucharin, Radek, Dzeržinskij und Sokol'nikov. […].“ (Protokoll der Politbüro-Sitzung, in: Bayerlein et al. [Hg.], *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 150 - 151 [150])
22.09.	Sinowjew trägt in der ZK-Sitzung *Thesen über die kommende*

18 „Dieser Text wird hier aus Platzgründen nicht abgedruckt, dafür […] die weniger ‚hölzernen‘ Thesen zum Referat Zinov'evs auf dem ZK-Plenum vom 22.9. 1923“ (Bayerlein et al. [Hg.], *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 103).
Allerdings ist § 15 Zusammenfassung (oder ein Auszug daraus) sehr wohl abgedruckt worden; dort heißt es u.a.: „Die kommenden Ereignisse werden bestätigen, wie recht Genosse Lenin mit seinem wiederholten Ausspruch hatte, dass es den deutschen Arbeitern schwerer werden wird, den sozialistischen Umsturz zu beginnen, aber leichter, ihn siegreich zu Ende zu führen. […]. Es naht der Augenblick, wo eines vonnöten sein wird: Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit.“ (ebd., 104)

19 Vgl. https://doi.org/10.1515/9783110339789, S. 300: „Auf Vorschlag der Kommission des Politbüros zur Frage der internationalen Lage (Sinowjew, Radek, Trotzki, Bucharin, Pjatakov) erfolgte am 22.08.1923 der Grundsatzbeschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands, sich auf die Revolution in Deutschland zu orientieren und hierzu erste konkrete Maßnahmen einzuleiten. Das deutsche Proletariat stehe ‚unmittelbar vor den entscheidenden Machtkämpfen‘.“

20 Bayerlein et al. (Hg.). *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 113 f.

	„deutsche Revolution und die Aufgaben der russischen Kommunisten[21] vor: „Es ist gegenwärtig bereits vollkommen deutlich geworden, daß der proletarischer Umsturz in Deutschland nicht nur unvermeidlich, sondern sehr nahe – äußerst nahe herangerückt ist. Die KP Deutschlands hat die Mehrheit der aktiven Schichten des Proletariats gewonnen. In allernächster Zukunft wird die KP Deutschlands in der Lage sein, die Mehrheit des gesamten Proletariats mit sich zu führen.“
26.09.	Die deutsche Regierung bricht den kostspieligen „passiven Widerstandes“ gegen die Ruhrgebiets-Besetzung ab.
	Gustav Ritter v. Kahr wird von der bayerischen Landesregierung u.a. unter Berufung auf Artikel 48 Absatz 2 WRV[22] zum Generalstaatskommissar für den Freistaat Bayern rechts des Rheins (also nicht für die – französisch besetzte – damals noch bayerische linksrheinische Pfalz) ernannt:[23] „Anstoß für diesen außergewöhnlichen Schritt war der Abbruch des passiven Widerstands gegen die französische Rheinlandbesetzung, den die Reichsregierung am selben Tag verkündet hatte. Der ‚vaterländisch‘ gesinnte Kahr sollte die in der Folge erwarteten Unruhen unter Kontrolle halten und Bayern wieder zur ‚Ordnungszelle des Reichs‘ machen.“ (https://doi.org/10.58079/ckmr)
	Verordnung des Reichspräsidenten Ebert betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923[24]
01.10.	Sinowjew schreibt an die Zentrale der KPD: „Auf Grund der Lage glauben wir, bei gegebener Lage muß man die Frage unseres Eintretens in die sächsische Regierung praktisch einstellen. […]. Dasselbe in Thüringen.“ (in: Bayerlein et al. (Hg.). *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 187 [187])
04.10.	Das Politbüros des ZK der RKP(b) beschließt: „Der Kommission [„bestehend aus den Genossen Zinov'ev, Trockij, Stalin, Bucharin, Radek, Dzeržinskij und Sokol'nikov“, die am 21.09 eingesetzt worden war <S. 6>] in ihrer Festsetzung des Termins für den 9. November dieses Jahres wird zugestimmt. […]. der vorgesehene Zeitpunkt der entscheidenden Aktion [gilt] selbstverständlich nur orientierungsweise [….] und daß letztendlich die KP Deutschlands die Frage vor Ort zu entscheiden hat. Die Möglichkeit einer Verschiebung darf keineswegs als Vorwand für wie auch immer geartete Versuche dienen, die Dimensionen der Arbeit einzuengen oder vor den unmittelbar gestellten Aufgaben der Vorbereitung des Aufstandes zurückzuweichen. Man sollte sich daran erinnern, daß im Laufe der Ereig-

21 in: Bayerlein et al., a.a.O. (FN 20), 152 - 162 (152).

22 „Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen.“ (https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1919&page=1595&size=45)

23 https://verwaltungshandbuch.bavarikon.de/VWH/I._Oberste_Staatsbeh%C3%B6rden_(einschl._Gesandtschaften).

24 https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1923&page=1039&size=45.

	nisse möglicherweise die Notwendigkeit entsteht, die entscheidende Aktion auch früher als zum vorgesehenen Zeitpunkt festzusetzen.“ (Beschluß des Politbüros der RKP(B) zur Festsetzung des Revolutionstermins und Instruktion an die Delegation nach Deutschland. Moskau, Donnerstag, 4. Oktober 1923, in: Bayerlein et al. (Hg.). *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 195 - 197)
12.10.	Die KPD-Politiker Heckert und Böttcher werden als Wirtschafts- und als Finanzminister Mitglieder der sächsischen Landesregierung.
13.10.	Böttcher postuliert in einer Rede in Leipzig: „Das Proletariat muß *sofort* bewaffnet werden“, und sagt in dem Zusammenhang: „Die proletarischen Hundertschaften, Aktionsausschüsse Kontrollausschüsse, Betriebsräte, alles das, was sich die Arbeitsklasse geschaffen und gebildet hat im langen Kampfe, das sind Organe, mit denen das Proletariat *heute* seinen Kampf führen muß.“[25] (beide Hv. hinzugefügt)
16.10.	Errichtung der Deutschen Rentenbank zwecks Währungssanierung.[26] Karl Korsch und Albin Tenner werden in Thüringen für die KPD Minister.[27]
17.10.	Reichswehr-General Müller fordert die sächsische Landesregierung auf, sich von der Rede ihres Mitgliedes Böttcher zu distanzieren (siehe noch einmal in und bei FN 25). Ministerpräsident Zeigner (SPD) lehnt dies ab.[28]
20.10.	Reichswehr-Truppen aus anderen Teilen des Deutschen Reiches

25 Poetzsch, *Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung* (vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1924), in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts* 1925, 1 - 248 (97 f.; dort falsch datiert: „Schreiben des Befehlshabers im Wehrkreis IV v. 17. April [richtig: Oktober] 1923 an den sächs. Ministerpräsidenten“),
Huber (Hg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*. Bd. 4, 1992[3], 329 f.
und
Leipziger Volkszeitung (30. Jg., Nr. 244) vom 18.10.1923, S. 1 (Aufmacher): https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/newspaper/item/53MWUMQ3FMWT2RB3UQSUGSBYHDGS2EN7.

26 Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*. Band 18 [bis 23] hrsg. von Benz, 2010[10], 750.

27 Weber, *Vorwort*, Bayerlein et al. (Hg.), *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 19 - 34 (27).

28 http://digital.slub-dresden.de/id20062761Z/626.

<table>
<tr><td></td><td colspan="3">werden nach Sachsen verlegt.[29]</td></tr>
<tr><td></td><td colspan="3">Am selben Tag bilanzierte der mit der militärischen Leitung des Aufstandes beauftragte, Skoblewski, den Stand der Bewaffnung:

„Das REVKOM [Das zentrale Revolutionskomitee][30] legte Anfang September die zur ‚minimalen' Ausrüstung der PAO erforderliche Anzahl der Waffen und Munition wie folgt fest: 100.000 Gewehre mit 6 Millionen Schuß, 200 schwere Maschinengewehre (SMG), 720 MP mit 510.000 Schuß, 1.200 Pistolen mit 36.000 Schuß, 21.000 Handgranaten und 25 schwere Minenwerfer. Ende Oktober erklärte der militärische Leiter Skoblewski, alle vom Revolutionären Kriegsrat gestellten Aufgaben seien erfüllt – ‚außer dem wichtigsten – der Bewaffnung'. […]. Den verfügbaren Waffenbestand gab er mit 11.075 Gewehren, 141 MG, 130 MP, 1.811 Revolvern und 1.131 Handgranaten (wovon die Mehrzahl selbst hergestellt wurde) an."
(Jentsch, Die KPD und der „Deutsche Oktober" 1923, 2005, 227; Hv. hinzugefügt)</td></tr>
<tr><td></td><td>• 100.000 Gewehre
• 200 schwere Maschinengewehre
• 720 MP
• 1.200 Pistolen
• 21.000 Handgranaten
• 25 schwere Minenwerfer</td><td>• 11.075 Gewehren
• 141 MG

• 130 MP
• 1.811 Revolvern
• 1.131 Handgranaten
• ----</td><td>• Gewehre 11 %
• MG 70%

• MP 18%
• Revolver: 151 %
• Handgranaten 5%
• ---</td></tr>
<tr><td>21.10.</td><td colspan="3">Der KPD-Vorsitzende Brandler kann sich in einer Arbeiterkonferenz in Chemnitz nicht mit dem Antrag durchsetzen, auf das Agieren der Reichswehr mit einem Aufruf zum Generalstreik zu reagieren.
Die KPD akzeptiert die Entscheidung der Konferenz.</td></tr>
<tr><td>23.10.</td><td colspan="3">Aus umstrittenen Gründen kommt es in Hamburg zu einem Aufstand.</td></tr>
<tr><td>27.10.</td><td colspan="3">Reichskanzler Stresemann fordert Zeigner auf, für den Rücktritt der</td></tr>
</table>

29 Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober" 1923*, 2005, 229 f.: „Meldungen von der beginnenden Besetzung Sachsens durch die Reichswehr im Morgengrauen des 20. Oktober […] brachte die KPD jedoch in Zugzwang".
Vgl. aber auch:

- „Am Tag der Chemnitzer Konferenz, am 21. Oktober, ließ General Müller erste Truppen in Sachsen einmarschieren." (Büttner, *Weimar – die überforderte Republik 1918-1933*, in: Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*. Band 18 [bis 23] hrsg. von Benz, 2010[10], 171 - 767 [424])
- „Sie [Die Reichsregierung] ließ am 23. Oktober gegen Sachsen Reichswehrtruppen in Sachsen einmarschieren" (Kolb/Schumann, *Die Weimarer Republik*, 2022[9], 54).

30 „Das Polbüro der KPD beschloß am 28. August 1923 zur Straffung der Aufstandsvorbereitungen die Schaffung eines ‚mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten' zentralen Revolutionskomitees (REVKOM, ‚Siebenerkommission'). Damit nahm es den Ausbau des bereits im Februar beschlossenen, aber bisher eher nur formal existierenden illegalen Apparats in Angriff. An der Spitze des REVKOM stand der Revolutionäre Kriegsrat (‚Dreierkommission'), bestehend aus Brandler und Kleine – die die politische Führung des illegalen Apparats durch das Polbüro garantierten – sowie dem militärischen Leiter (M-Leiter) bei der Zentrale der KPD. Neben dem Revolutionären Kriegsrat gehörten dem REVKOM sechs weitere Zentrale-Mitglieder an, die folgende Kommissionen leiteten: Verpflegung, Verkehrswesen, Post und Telegraphen, politische Aufklärung (Informationsabteilung), Waffenankauf (dem Leiter dieser Abteilung unterstand gleichzeitig die Finanzverwaltung), politische Kommission ‚zur Zersetzung und Demoralisierung des Gegners und zur politischen Bearbeitung der eigenen Streitkräfte' und ein Verantwortlicher für die innere Organisation." (Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober" 1923*, 2005, 210)

	sächsischen Regierung und eine Regierungsbildung ohne kommunistische Beteiligung zu sorgen.[31]
28.10.	Ministerpräsident Zeigner lehnt auch dies ab.[32]
29.10.	Amtsenthebung der gesamten Landesregierung.[33]
08./09. 11.	Hitlerputsch in München.
15.11.	Einführung der Rentenmark (eine Rentenmark = 1 Billion Papiermark).[34] Damit ist die „Geldentwertung […] zum Abschluß gekommen ist“.[35]
19.11.	Der Dollar-Kurs wird bei einem Wert von 1 US-$: 4,2 Billionen alte (Papier-)Reichsmark für den Rest des Jahres stabil.[36]
23.11	Verbot der NSDAP und der KPD[37] (bis Frühjahr 1924[38]).[39]

31 https://archive.org/details/jbof-1314/page/n114/mode/1up.

32 https://archive.org/details/jbof-1314/page/n114/mode/1up / https://archive.org/details/jbof-1314/page/n115/mode/1up.

33 https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1923&page=1129&size=45 und https://daten.digitale-sammlungen.de/0015/bsb00156273/images/index.html?id=00156273&groesser=&fip=fsdrxdsydeayawfsdrenxsfsdr&no=6&seite=525.

34 Kolb/Schumann, *Die Weimarer Republik*, 2022[9], 379.

35 *Wirtschaft und Statistik* Sonderheft 1: Zahlen zur Geldentwertung in Deutschland 1914 bis 1923, 1925 (https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEMonografie_mods_00003994#), S. 3 der gedruckten bzw. 5 der digitalen Seitenzählung (*Vorbemerkungen*).

36 *Wirtschaft und Statistik* Sonderheft 1: Zahlen zur Geldentwertung in Deutschland 1914 bis 1923, 1925 (https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEMonografie_mods_00003994#), 10 der gedruckten bzw. 12 der digitalen Seitenzählung.

37 https://dfg-viewer.de/show/?set%5Bmets%5D=https://content.staatsbibliothek-berlin.de/zefys/SNP2807323X-19231123-1-0-0-0.xml (linke Spalte) und Huber (Hg.), *Dokumente zur dt. Verfassungsgeschichte*. Bd. 4, 1992[3], 376 - 377.

38 *Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen *Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen* vom 28. Februar 1924; https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1924&page=174&size=45 und https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1924&page=175&size=45; wieder abgedruckt in: Huber (Hg.), *Dokumente zur dt. Verfassungsgeschichte*. Bd. 4, 1992[3], 399 - 401 [400, FN 2: „Das [die Aufhebung der Verordnung vom 26.09.1923] betraf vor allem die durch die Verordnung des Chefs der Herresleitung v. Seeckt vom 23. November 1923 verfügten Verbote der KPD und der NSDAP (oben Nr. 321)“].

39 Kolb/Schumann, *Die Weimarer Republik*, 2022[9], 379: „Verbot der NSDAP und der KPD (bis Frühjahr 1924)“.

i Sinowjew und Bucharin (die unter dem Datum des 27.07.1923 von ihrem gemeinsamen Urlaubsort aus schrieben) an Brandler und Thalheimer, in: Bayerlein et al. (Hg.), *Deutscher Oktober 1923*, 2003, 95 - 97 (95); Digitalisat: https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/8a423378-7cef-4977-82cf-76b70f133ca9/, Bild 165 ff.

> „Radek, dem Sinowjews und Bucharins Aufforderungen zu weit gingen, und der befürchtete, das Bekanntwerden des Inhalts der Schreiben Sinowjews und Bucharins, insbesondere ihr radikales Vokabular könnte die Befürworter einer Umgehung des Demonstrationsverbots am Antifaschistentag anstacheln und die deutschen Kommunisten zu einer vorzeitigen Eskalation der Straßenkämpfe animieren, hielt diese zunächst in Moskau zurück und stellte sie erst Anfang August den beiden Adressaten zu. (K. Radek, Moskau, den 10. August 1923, An den Gen[ossen] Brandler, Berlin, in: SAPMO, BArch, I 6/3/93, Bl. 95-96.) Gleichzeitig protestierte er scharf gegen die in den Briefen geäußerten Auffassungen und warf Sinowjew und Bucharin vor, die KPD zum Gemetzel zu drängen. Er bat Trotzki, der sich ebenfalls zur Erholung in Kislowodsk aufhielt, um Stellungnahme. Der jedoch berief sich auf Informationsmangel […].“ (Jentsch, *Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923*, 2005, 187, FN 95; Hyperlink hinzugefügt; die von Jentsch genannte Akte ist digitalisiert worden; die Bl. 95 - 96 [= der Radek-Brief] sind die Bilder 195 - 198 der .zip-Datei; Bild 196 und 198 zeigen bloß leere Rückseiten [Bild 197 zeigt die zweite = letzte beschriebene Seite des Radek-Briefes]; die Blatt-Zählung, auf die sich Jentsch bezieht steht oben ganz rechts; der Brief von Sinowjew [Bild 165 ff.] [handgeschrieben, auf Deutsch, mit lesbarer Handschrift] und die Zusatzbemerkung von Bucharin [Bild 177 ff.] befindet sich in der selben Akte auf weiter vorne.)

Vgl. dazu auch noch https://doi.org/10.1515/9783110339789, 281, FN 22:

> „Sinowjew und Bucharin […] forderten aus ihrem Urlaubsort Kislovodsk Brandler zu einer härteren Gangart auf, ihr Telegramm wurde jedoch auf Betreiben Kuusinens und Stalin, hier auch – was selten vorkam – im Zusammenwirken mit Radek, nicht weitergeleitet.“

(Dem handgeschriebenen Brief ging anscheinend das aufgehaltene Telegramm voraus: „Ich halte es für notwendig, Dir zu sagen, dass der Brief die Erweiterung eines Telegramms ist, das ich aufgehalten habe mit Zustimmung aller führenden Genossen.“ [Radek an Brandler, a.a.O., Bild 195 der fraglichen Akte])

ii Fischer, *Der Kampf um die Kommunistische Partei*, in: *Die Internationale* Jg. 6, Heft 3 v. 01.02.1923, 87 - 96 (92):

> „Man wird in der Frage [der Arbeiterregierung] nur klar sehen, wenn man die Frage der Arbeiterregierung stellt als *Machtproblem*. Die Staatsmacht ist für das Proletariat nicht zu erobern innerhalb der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition, noch durch eine kommunistisch-sozialdemokratischen Koalition. Die Lösung aller ökonomischen Forderungen des Proletariats hängt ab von der Eroberung der Staats-

> macht. Und heute noch gilt unbestritten in der Kommunistischen Internationale der Satz, daß die politische Macht nicht geteilt werden kann zwischen den Klassen, daß sie liegen muß in der einen oder anderen Klassen. Ebenso unbestritten gilt der Satz, daß die politische Macht nicht die Wahlmaschinerie und die Verfügungsgewalt über die Beamtenmachinerie ist, sondern die politische Macht beruht auf den Massen, den Organen der proletarischen Diktatur, dem proletarischen Beamtenapparat, dem die Zerschlagung des bürgerlichen Beamtenapparats vorausgegangen sein muß, die Zerschlagung der bürgerlichen Justiz, Kirche, Schulen, usw., und die Enteignung der Kapitalisten. So, daß jeder Versuch, eine Staatstheorie aufzubauen, nach der es möglich wäre, im Rahmen der Demokratie die kapitalistische Wirtschaft umzuwälzen eine glatte Revision kommunistischer Grundlehren bedeutet.“ (Hv. i.O.)

Diese Position weist folgende Mängel auf:

- Die Vermengung der *empirischen* Frage, ob damals oder überhaupt eine Situation denkbar ist, in der eine sozialdemokratische Partei einen Umsturz der Staatsmacht (im Klassen-Sinne) mitträgt, mit der *theoretischen* Frage nach einer sinnvoll Definition des Begriffs „Arbeiterregierung“.

- Die Behauptung die „Lösung *aller* ökonomischen Forderungen des Proletariats“ (Hv. hinzugefügt) hänge „von der Eroberung der Staatsmacht“ ab – und damit die Leugnung von ökonomischen (Reform-)Spielräumen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise.

- Die klassen-indifferente Rede von „Demokratie“ und dadurch die falsche Gegenüberstellung von „Demokratie“ überhaupt und „proletarischen Diktatur“. Zu unterscheiden ist vielmehr zwischen
  - den Begriffen „Diktatur des Proletariats“ und „Diktatur der Bourgeoisie“ als marxistischen Bezeichnungen für den Klassencharakter der Staatsmacht
    und
  - der Frage nach der Staats*form*, in der die Staats*macht* ausgeübt wird, die zu den Begriffen der
    - bürgerlichen
      und
    - proletarischen bzw. sozialistischen

    Demokratie führt. Diesen Begriffen von Demokratie steht ein staatsrechtlicher Begriff von Diktatur gegenüber, der durch den marxistischen Diktatur-Begriff als Staatsmacht-Bezeichnung *nicht hinfällig* wird, sondern *daneben* Bedeutung behält; sowohl die bürgerliche als auch die proletarische Staatsmacht kann – je nach Umständen – in demokratischen oder aber un-demokratischen (≈ diktatorischen im staatsrechtlichen Sinne) Formen ausgeübt werden.

- Schließlich irritiert auch noch Fischers Ausdruck „proletarische[r] Beamtenapparat“.

iii *Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung* [Beschluß des 8. Parteitages der KPD, der vom 28.01. - 01.02.1923 in Leipzig stattfand], in: Institut für ML beim ZK der SED (Hg.), *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Bd. VII. 1. Halbband, 1966, 248 - 257 (251 f.):

> „Die Arbeiterregierung ist weder die Diktatur des Proletariats noch ein friedlicher, parlamentarischer Aufstieg zu ihr. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben, während die proletarische Diktatur bewußt den Rahmen der Demokratie sprengt, den demokratischen Staatsapparat zerschlägt, um ihn völlig durch proletarische Klassenorgane zu ersetzen.“

Auch an diesem Zitat fällt – wie an dem Fischer-Zitat in Endnote **ii** und dem Brandler-Zitat in Endnote **iv** – das Fehlen einer Unterscheidung zwischen klassenspezifischen Demokratie-Varianten auf.

iv Vgl. Brandler, *Die gegenwärtigen Aufgaben der Partei*, in: *Die Internationale* Jg. 6, Heft 1 v. 06.01.1923, 3 - 12 (7 f.):

> „Wir müssen den Massen klar machen, was eine Arbeiterregierung ist und was sie nicht ist. Sie ist nicht […] Eintritt von Kommunisten in ein sozialdemokratisches Kabinett; sie ist aber auch nicht die Diktatur des Proletariats; sie kann im besten Falle Bruch mit der bisherigen sozialdemokratischen Politik sein, nicht in dem Sinne, wenn wir 10 Mandate haben und die anderen 40, wir von den Sozialdemokraten und diesen [gemeint: die die SPD wählenden] Arbeitermassen verlangen, daß sie kommunistische Politik machen sollen. […]. Aber es ist etwas anderes möglich: nicht, daß die anderen kommunistische Politik machen, sondern daß wir sie zwingen, ihre eigenen Agitationsversprechungen bei der Wahl in ihrer praktischen Politik in die Wirklichkeit umzusetzen, und das ist, wenn wir sie dazu zwingen könnten, unter Umständen [?!, dgs] den Einsatz und die Teilnahme von Kommunisten an der Regierung wert, […]. Wenn es uns gelingt, nicht diese Arbeitermassen sofort zu Kommunisten zu machen, sondern sie nur unter Anknüpfung an ihre eigenen Nöte, durch eine klare Propaganda für die Arbeiterregierung gegenüber der Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie, anfangs mittels Ausnützung des Parlamentarismus *und* der eigenen Klassenorgane: Gewerkschaften, Betriebsräte oder Arbeiterräte in den Kampf zu bringen, daß sie auf diese Art und Weise, wie sich einbilden [?, dgs] auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie, unter den bestehenden Verfassungsverhältnissen, in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes gestellt werden, so wäre das für die Revolution von ungeheurer Bedeutung. Dann beginnt der Kampf, und wenn erst der Kampf beginnt, ist das Ende nicht abzusehen: dann kann er nicht mehr begrenzt werden auf die demokratischen Formen. Aber der Ausgangs-

> punkt unserer Agitation darf nicht der sein, daß wir sagen: Arbeiterregierung ist Diktatur, und: ehe die Arbeiterregierung nicht zu diktatorischen Maßnahmen fortschreitet, kann eine Teilnahme von Kommunisten an dieser Arbeiterregierung nicht in Frage kommen!“ (Hv. i.O.)

Diese Position war zwar insofern realistischer als die in Endnote **ii** zitierte Auffassung von Fischer, als Brandler anerkannt,

- daß das Kräfteverhältnis zwischen SPD und KPD eher 40 : 10 als auch nur 49 : 51 war,
- daß es für 10 Leute schwierig ist, 40 Leute zu zwingen, das zu machen, was die 10 Leute wollen
  und
- daß SozialdemokratInnen nicht dadurch zu KommunistInnen werden, daß ihnen einfach nur die Wurst der Diktatur des Proletariats vor die Nase gehalten wird,

aber doch weist auch die rechtere Position teils die gleichen Probleme wie die linkere und zusätzlich noch spezifische Mängel auf:

- Brandler spricht zwar an einer Stelle von „bürgerlicher Demokratie“, aber gleich danach stellte auch er klassen-indifferent „demokratische Formen“ und „Diktatur [des Proletariats]“ gegenüber. (Daß er die „Arbeiterregierung“ noch dazwischen schiebt, ändert an der begrifflichen Nachlässigkeit nichts.)

- Hinzukommt die spontaneistische Illusion, daß, „wenn erst der Kampf beginnt, […] er nicht mehr begrenzt werden“ könne (eine Vorstellung, die ebenfalls – aber mit anderer Einbettung und anderen Konsequenzen – in der linkeren Konzeption vorkommt, wenn auch nicht in der angeführten Fischer-Stelle) – und daß es deshalb möglich und sinnvoll sei, ‚den Leuten‘ etwas unterzuschieben: Es entsteht der Eindruck, es solle ausgenutzt werden, daß ‚die Leute‘ sich etwas „einbilden“ – statt zu versuchen, deren Illusionen aufzulösen. / Es soll „Arbeiterregierung“, die noch keine „Diktatur des Proletariats“ sei, gesagt werden – die dann aber eigendynamisch – so wird gehofft – in den Umsturz der Staatsmacht hinübergleitet.

- Es fehlt an einer Unterscheidung zwischen
  - einer kommunistischen Tolerierung einer sozialdemokratischen Regierung, die das SPD-Versprechen, ein kleineres Übel zu sein, realisiert
    und
  - den Voraussetzungen für einen kommunistischen Regierungseintritt.

Ich hatte gerade gesagt, die „spontaneistische Illusion, daß, ‚wenn erst der Kampf beginnt, […] er nicht mehr begrenzt werden‘ könne“, finde sich auch in der linkeren Konzeption – sie findet sich z.B. auf S. 90 des Fischer-Textes in der Formulierung, „aus den Tagesforde-

rungen der Massen die Machtfrage auf[…]rollen“. Ausgehend von der KommIntern-Annahme, daß „der Kapitalismus ungleich der Periode seines wirtschaftlichen Aufstiegs […,] dem Proletariat weder ein Mehr an Brot und Lohn geben, noch sonst eine der Tagesforderungen ‚erfüllen‘ [kann], weil die letzte Möglichkeit der Verschleppung seines Untergangs einzig und allein liegt in der Herabdrückung der proletarischen Lebenshaltung“, scheint auch die Formulierung, „aus den Tagesforderungen der Massen die Machtfrage aufzurollen“ die Vorstellung eines gleitenden Übergang von den Tageskämpfen zur Machtfrage zu implizieren. (Angemerkt sei noch, daß Fischer ihren Satz zu „Brot und Lohn“ mit der Wendung, *„Wenn die Analyse der Kommunistische Internationale richtig ist“*, einleitet. Unklar bleibt, ob dies eine Skepsis gegenüber der KomIntern-Analyse ausdrücken sollte; jedenfalls argumentiert Fischer danach *auf der Grundlage* dieser Analyse – und kritisiert sie nicht. Auf der nächsten Seite spricht Fischer dann – *ohne* Vorbehalt – von „der Erkenntnis, daß jeder Kampf um die Tagesforderungen unmittelbar revolutionäre Zuspitzung“ mit sich bringe.)

v Der Begriff „Doppelherrschaft“ fehlt zwar in dem Parteitags-Beschluß (siehe Endnote **iii**), aber sein Inhalt ist zumindest angedeutet: „die Arbeiterregierung […] ist, […] eine Periode des heftigsten Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie, die freiwillig keinen Fußbreit Boden abtreten wird.“ (252) Unklar bleibt aber, wie dies zu *„im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie“* passen soll.

vi Verschiedene Mitteilungen von KPD-Funktionären an das EKKI bzw. russische Funktionäre von Ende Juli-Hälfte und aus dem Aug. 1923 sind bei Jentsch (*Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923*, 2005, 187 ff., FN 96 ff.) nachgewiesen.
Einen erheblichen Teil des von Jentsch – nicht nur an dieser Stelle – genannten Materials gibt es mittlerweile beim Bundesarchiv online als Digitalisate; es aber nicht ganz einfach, das Material zu finden, da sich mittlerweile die Signaturen der von den DDR-Massenorganisationen (einschl. SED und deren Vorläuferinnen) ‚geerbten‘ Akten geändert hat.
Zum Beispiel verweist Jentsch in FN 96 auf S. 187 (in der letzten Zeile) auf: „H. Brandler, Berlin, den 31. Juli 1923, an K. Radek, in: ebd., I 2/3/208, Bl. 456“.

- „ebd.“ ist in dem Fall: „SAPMO, BArch“.
- Die Akte ist anscheinend geteilt worden und
  - „RY 1/I 2/3/208a“ ist „RY 1/526“
    und
  - „RY 1/I 2/3/208b“ ist „RY 1/527“

  geworden.

Beides ist inzwischen digitalisiert worden – und um an die Digitalisate zu gelangen, an den von mir vorstehend verlinkten (RY 1/526 und RY 1/527) Stellen auf „Digitalisat anzeigen“ klicken. Damit das funktioniert, müssen aber Pop-Up-Fenster erlaubt sein; außerdem muß die Seite – nach Zulassung der Pop-Up-Fenster – einmal neu geladen werden, damit das

Öffnen des Digitalisats funktioniert.
Der Brandler-Brief ist in „RY 1/527“ – und zwar Bild 229 (oben rechts ist noch die – nicht-durchgestrichene – Blattzählung „456“ zu sehen). –

Noch ein Beispiel aus der genannten Jentsch-Fußnote: „H. Möller, Deutscher Referent, o. D. [verfaßt vor dem 11. August 1923], Die Tagung des Zentralausschusses der KPD am 5. und 6. VIII. 23, in: ebd., I 6/3/119, Bl. 92-95“.

- „ebd.“ ist auch in dem Fall: „SAPMO, BArch“.
- „I 6/3/119“ ist „RY 5/122“ (*Berichte der Zentrale der KPD an das EKKI*, März - Okt. 1923) geworden.
- Auch diese Akte ist digitalisiert worden, und die Digitalisate sind in der bereits beschriebenen Art und Weise zu erreichen.
- „Bl. 92 [Vorderseite]-95 [leere Rückseite]“ sind die Bilder 195 - 202 (= leere Rückseite) der .zip-Datei mit dem Digitalisaten.